druck „nobilissimus Cremonensis“ statt des Namens des Johannes verwendet wird, dürfte diese Auffassung unterstützen. Von wem dieser Auszug herrührt, ob nicht etwa von Pillius selbst, wird kaum auszumitteln sein; jedenfalls war er dem letzten bekannt. Das Schriftchen war also ebensowohl als selbständiges Buch, wie als angehängte Glosse verbreitet. Die Glosse zu Anfang des Titels de successione libertorum steht zwar in der Leipziger Handschrift, aber leider fehlt hier gerade der mit *et quia* anfangende Satz, in welchem Petrus de Cardona erwähnt wird.

III.

Ueber Rechtsverlust und Rechtsfähigkeit der Deportirten.

Von

Herrn Dr. phil. **Ludwig M. Hartmann**

in Wien.

I.

Wenn ein römischer Bürger deportirt wurde, so wurde seine privatrechtliche Stellung nach zwei Seiten hin beeinflusst. Erstens verlor er infolge der *capitis deminutio*, die er erlitt, alle diejenigen Rechte, welche er bis dahin besessen hatte. Zweitens aber war sein status nach der Deportation ein anderer als vorher, und er war daher nicht mehr fähig, Subjekt aller derartigen Rechte zu sein, zu deren Erwerbung und Genuss ein römischer Bürger fähig war. Die Folgen der ersten Art beziehen sich auf den Verlust der Rechte, die der Deportirte wirklich einmal besessen hatte; die der zweiten Art auf die Verminderung seiner Rechtsfähigkeit. Die ersteren sind einmalig, die letzteren dauernd. Daher muss man im Auge behalten, dass ein Deportirter einen Theil von derartigen

Rechten, wie er sie infolge der erlittenen *capitis deminutio* verlieren musste, durch neue Erwerbungen während seiner Verbannung gewinnen konnte. Aber es konnten nur gleiche, nicht dieselben Rechte sein.

Wenn also der Deportirte den Todten gleichgesetzt wird¹⁾, so ist das nicht, wie Holtzendorff meint²⁾, „ein Vergleich, der zu weit geht (da der Deportirte immer noch seine Freiheit behielt)“; vielmehr beziehen sich alle derartige Stellen auf jenen einmaligen Verlust. Es verliert der Todte seine Rechte nicht mehr, als der Deportirte; denn der römische Bürger und derselbe Mensch, nachdem er deportirt ist, sind zwei ganz verschiedene Personen. Die eine Person ist vom Momente der Verurtheilung an nicht mehr vorhanden, ist gestorben; die andere ist neu entstanden, ist eben geboren und hat von der verstorbenen kein einziges Recht übernommen. Dass dies der Gedankengang der klassischen Juristen gewesen ist, bezeugen viele Stellen der *Digesten*³⁾.

Interessant ist in dieser Beziehung ein *responsum Papinian's*⁴⁾. Einem römischen Bürger war von seinem Vater eine Erbschaft hinterlassen und die Wahl freigestellt worden, welchem seiner Söhne er die Erbschaft bei seinem Tode restituiren wolle. Nun wird der römische Bürger deportirt, und es fragt sich, ob ihm die Wahlfreiheit auch nach der Deportation gewahrt bleibt, und ferner, in welchem Zeitpunkte die Restitution zu geschehen hat. Auf den ersten Anblick würde man meinen, dass auch hier Deportation und Tod gleichzusetzen wären. Papinian aber entscheidet sich dafür, dass der Deportirte die Wahl hat und dass erst bei dessen physischem Tode die Erbschaft zu restituiren ist. Offenbar ist eine sehr genaue Interpretation des Testamentes der Grund dieser Entscheidung; „*cum moreretur*“ heisst eben nichts an-

¹⁾ Z. B. D. 37, 4, 1, 8. Dazu Nicolaus Antonius, *De iuribus exilii* etc. I. 2, c. 6, § 1—5. — ²⁾ H., *Die Deportationsstrafe im römischen Alterthum* S. 72. — ³⁾ Z. B. Ulp. in D. 17, 2, 63, 10 und 37, 4, 1, 8 und Paulus in D. 38, 2, 4, 2. Mommsen übersetzt im *Staatsr.* III¹, S. 42 cap. dem. im staatsrechtlichen Sinne mit „Wegfall der Persönlichkeit“. — ⁴⁾ D. 31, 77, 4: *hereditatem filius cum moreretur filiis suis vel cui ex his voluisset restituere fuerat rogatus: quo interea in insulam deportato eligendi facultatem non esse poena peremptam placuit nec fideicommissi condicionem ante mortem filii heredis exsistere* Vgl. *Nic. Ant. a. a. O.* 2, 11.

deres, als „wenn er stirbt“, d. h. physisch, nicht rechtlich; und willensfähig ist ja der Deportirte, so dass der genauen Erfüllung des vom Erblasser ausgesprochenen Wunsches nichts im Wege steht. Anders freilich ist es, wenn unter sonst gleichen Verhältnissen der erbende Sohn statt der *capitis deminutio media* die *maxima* erleidet; dann kann er die Wahl nicht mehr treffen, weil ihm die Willensfähigkeit fehlt¹⁾.

Strenge durchgeführt wird der Grundsatz, dass der Deportirte eine ganz andere Person ist, als derselbe Mensch vor seiner Deportation, an einer Stelle der *Digesten* von Ulpian²⁾. Es handelt sich um die Auflage der Restitution einer Erbschaft an einen anderen im Falle, dass der Erbende vercheidet ohne Kinder zu hinterlassen: da wird nur auf Kinder Rücksicht genommen, die vor der Deportation konzipirt sind. Und man darf das nicht daraus erklären, dass der Deportirte nicht mehr fähig ist Kinder *ex iure civili* zu haben; denn sogar das Vorhandensein eines *filius naturalis* genügt, um die Restitution zu verhindern³⁾. Die Erklärung liegt vielmehr darin, dass die nach der Deportation konzipirten Kinder „*quasi ab alio*“ sind.

Dieser Wechsel der Person ist nichts der *capitis deminutio media* Eigenthümliches: er trat ursprünglich in gleicher Weise bei allen drei *capitis deminutiones* ein. Indess wurden die Wirkungen der *c. d. minima* nach dieser Seite hin vom Praetor grösstentheils aufgehoben. Dagegen war der Verlust an Rechten derselbe, ob nun *c. d. media* oder *maxima* eintrat.

Der Deportirte verliert also nicht nur, was er *ex iure civili*, sondern auch, was er *ex iure gentium* besass. Nur so ist es zu erklären, dass durch die Deportation die Bande der Kognition gelöst werden, wie uns unzweifelhaft überliefert

¹⁾ Ulp. in D. 36, 1, 18, 6. — ²⁾ D. 36, 1, 18, 5: *rogaverat quaedam mulier filium suum, ut, si sine liberis decessisset, restitueret hereditatem fratri suo: is postea deportatus in insula liberos susceperat: quaerebatur igitur, an fideicommissi condicio defecisset. nos igitur hoc dicemus conceptos quidem ante deportationem, licet postea edantur, efficere, ut condicio deficiat, post deportationem vero susceptos quasi ab alio non prodesse, maxime cum etiam bona cum sua quodammodo causa fisco sint vindicanda.* — ³⁾ A. a. O. § 4.

ist ¹⁾. Offenbar aus demselben Grunde geht aber auch die *patria potestas* verloren ²⁾, nicht, weil sie ein Institut *iuris civilis* ist, und noch viel weniger, wie Holtzendorff meint, wegen „der faktischen Unmöglichkeit, die väterliche Gewalt zu behaupten“.

Dasselbe gilt von allen anderen familienrechtlichen Verhältnissen ³⁾. Doch herrscht in Bezug auf Tutel und Ehe Streit.

In Bezug auf die Tutel ist die aufhebende Wirkung der Deportation des tutor neuerdings von M. Cohn bestritten worden ⁴⁾, jedoch, wie mir scheint, ohne genügende Anhaltspunkte. Da J. I, 22, 4 ausdrücklich gesagt wird: „sed et capitis diminutione tutoris, per quam libertas vel civitas eius amittitur, omnis tutela perit“, so sah sich Cohn genöthigt anzunehmen, dass diese Bestimmung erst nach der Zeit der klassischen Juristen getroffen wurde, da man in dieser Zeit (!) die Deportirten für „moralisch disqualifizirt“ gehalten habe die Stelle eines tutor gehörig auszufüllen. Und dies alles wegen einer Ulpian-Stelle ⁵⁾, in der, wie so häufig, „capitis deminutio“ für „c. d. minima“ gesetzt ist ⁶⁾, und obwohl derselbe Ulpian einmal in den Digesten sagt, an Stelle der testamentarischen tutores sollen die legitimi treten, „si nullus supersit vel in civitate sit“ ⁷⁾. Ebenso unzweifelhaft und deutlich ausge-

¹⁾ J. I, 16, 6: sed et si in insulam deportatus quis sit, cognatio solvitur. D. 38, 10, 4, 11. Vgl. D. 34, 5, 19. Hierher gehört ferner D. 38, 17, 1, 6: quive rei capitalis damnatus neque restitutus est, ex s. c. Orphitiano ad matris hereditatem non admittebatur: sed humana interpretatione placuit eum admitti: idem erit dicendum et si hic filius in eius sit potestate, qui in causa s. s. sit, posse eum ex Orphitiano admitti. Das ist nicht eine Inkonsequenz, die humanitas causa verbessert wurde, wie Holtzendorff a. a. O. S. 86 meint, sondern eine Konsequenz, die humanitas causa mit der Inkonsequenz vertauscht wurde — und ein solcher Vorgang ist bei den Römern häufiger als der umgekehrte. —

²⁾ Gaius 1, 128. Ulp. 10, 3. D. 15, 2, 1, 4. — ³⁾ Von der Agnation sagt dies Gaius, 1, 163. — ⁴⁾ In seinem Buche über cap. dem., S. 156 bis 167. — ⁵⁾ Ulp. 11, 17: si capite diminutus fuerit tutor testamento datus, non amittit tutelam. — ⁶⁾ Z. B. D. 4, 5 an verschiedenen Orten und insbesondere l. 7 pr., wo dasselbe, wie bei Ulp., gesagt wird und darüber, dass nur c. d. minima gemeint ist, kein Zweifel sein kann; vgl. l. 5, 2. — ⁷⁾ D. 26, 2, 11, 4.

sprochen ist es, dass durch die Deportation des pupillus die Tutel beendet wird ¹⁾).

Umstrittener und schwieriger zu beantworten ist die Frage, ob durch die Deportation des einen Ehegatten die Ehe ipso iure aufgelöst wird. Insbesondere da auch die Affinität durch die Deportation zerstört wird ²⁾, wird man von vornherein geneigt sein, die Frage nach Analogie der übrigen familienrechtlichen Verhältnisse zu entscheiden und anzunehmen, dass die Ehe im Momente der c. d. aufhört. Es kommt noch dazu, dass ja natürlich ein iustum matrimonium, wenn ein Gatte deportirt ist, nicht bestehen kann. Diejenigen Gelehrten aber, welche meinten, die Ehe bleibe bestehen, halfen sich mit der Behauptung, es bleibe gleichsam als Rest ein matrimonium iuris gentium zurück. Doch muss man zugeben, dass diese Subtraktionstheorie sonst nicht dem Gedankengange der römischen Juristen entspricht. Das Wichtigste aber ist, dass einige Stellen in den Digesten nur unter der Voraussetzung, dass die Ehe durch die Deportation ipso iure gelöst wird, verständlich sind. So legt sich Paulus die Frage vor, ob die Stipulation: „si quo casu Titia tibi nupta esse desierit, dotem dabis?“ fällig wird, wenn Titia deportirt wird, und er entscheidet, das Versprechen sei in diesem Falle zu erfüllen, ebenso wie wenn Titia Sklavin geworden oder von Feinden gefangen worden wäre ³⁾. Es ist nicht möglich, aus dieser Entscheidung einen anderen Schluss zu ziehen, als den: deportatione Titia nupta esse desiit; ohnehin ist über das Aufhören der Ehe in den beiden gleichgestellten Fällen kein Zweifel. Nur dies konnte allenfalls zweifelhaft sein, ob der Fall so beurtheilt werden sollte, als ob sich die Gattin hätte scheiden lassen, oder so, als ob sie gestorben wäre. Ueber die Auflösung selbst hegte der Jurist keine Zweifel, und er besprach die Stipulation zu keinem anderen Zwecke, als um auszuführen, dass das Eintreten der deportatio und jener anderen Fälle als casus zu betrachten sei. — Auch ist es ein vergebliches Bemühen, wenn man die Bedeutung dieser Stelle

¹⁾ J. I, 22, 4. — ²⁾ Mod. in D. 38, 10, 4, 11: is cui a. et i. interdictum est aut aliquo modo capite deminutus est ita, ut libertatem et civitatem amitteret, et cognationes et adfinitates omnes, quas ante habuit, amittit. — ³⁾ D. 24, 3, 56.

dadurch abschwächen will, dass man das „*nupta esse desiderit*“ damit erklärt, dass „eine faktische Unmöglichkeit die Fortsetzung der Ehe hindert“¹⁾. Ganz abgesehen davon, dass dann die Ausdrucksweise unerhört wäre — gerade das steht fest, dass die faktische Fortsetzung der Ehe nicht unmöglich war²⁾. Der Mann hätte ja seine Frau begleiten können; wenn er es nicht that, so brauchte doch der Jurist deshalb keine „faktische Unmöglichkeit“ zu behaupten. — Ferner spricht gerade die „Gleichstellung der Deportation mit der Gefangenschaft in Feindesland“ für unsere Auslegung; denn die Ehe war nicht nur faktisch, sondern auch rechtlich aufgelöst, wenn die Ehefrau in der Gefangenschaft starb. Nur von diesem Falle aber kann die Rede sein. Denn wenn die Frau zurückkehrte, war die Ehe rechtlich wieder vorhanden; und Paulus kann nicht gemeint haben, dass sie dann *indotata* sein sollte. Die *dos*, wenn schon restituirt, musste dann dem Ehemanne wieder so eingehändigt werden, als wäre der ganze Zwischenfall der Gefangennahme gar nicht eingetreten³⁾. — Endlich sind bei jener Erklärung der Stelle die letzten Worte des Juristen nicht berücksichtigt worden, und diese lauten: „*utrum quasi mortua sit an quasi divortium fecerit*“.

An einer anderen Stelle sagt Paulus: „*inter virum et uxorem exilii causa donatio fieri potest*“⁴⁾; und dasselbe wird von Ulpian anerkannt, indem er eine derartige Schenkung

¹⁾ Holtzendorff a. a. O. S. 74 f. — ²⁾ Fälle der faktischen Fortsetzung sind uns überliefert; dies erkennt auch Holtzendorff a. a. O. S. 76 Anm. an. — ³⁾ D. 49, 15, 12, 4: *sed captivi uxor, tametsi maxime velit et in domo eius sit, non tamen in matrimonio est* — natürlich immer für den Fall, dass nicht die ganze Zwischenzeit durch *postliminium* ausgelöscht wird. — Paulus lässt freilich *ib. l. 8* der Frau ihren Willen in Betreff Fortsetzung der Ehe bei Rückkehr des Gatten; wenn sie aber die Ehe nicht fortsetzen will: *poenis discidii tenebitur*. Auch Pomp. *ib. l. 14*, § 1 widerspricht dem nicht, wenn er sagt: *non ut pater filium, ita uxorem maritus iure postliminii recipit: sed consensu redintegratur matrimonium*. Dies ist aber dann keine neue Ehe. Die Juristen heben nur den Unterschied hervor, dass der Sohn in die väterliche Gewalt zurückkehren muss, die Frau sich scheiden kann. — ⁴⁾ D. 24, 1, 43. Dass hier unter „*exilium*“ die Relegation gemeint sei, wird wohl ausser M. Cohn niemand glauben, der den Sprachgebrauch der Juristen kennt. Ueberdies: warum sollte eine Schenkung auf den Fall der Relegation anerkannt werden?

gleichstellt einer „in causam [casum Mommsen] divortii“ gemachten¹⁾. Wenn man bedenkt, dass Schenkungen zwischen Ehegatten nur für den Fall der Auflösung der Ehe anerkannt werden, so wird man in der Anerkennung jener Schenkungen *exilii causa* einen sehr starken Beweis dafür finden, dass ursprünglich die Anschauung herrschte, dass die Ehe durch Deportation *ipso iure* aufgelöst wurde.

Allein schon Marcellus sagte²⁾: „non utique deportatione dissolvi matrimonium“, was Ulpian dahin erklärt, dass ja nichts hindere, dass der eine Theil *mariti affectionem*, der andere *uxoris animum* behalte. Je nachdem, ob der auf Fortsetzung der Ehe gerichtete Wille vorhanden sei oder nicht, solle es auch mit der *dos* gehalten werden. Aber man sieht wohl, dass der Jurist sich bewusst ist, nicht nach strengem Rechte zu entscheiden. Denn wäre die Ehe *iuris gentium* wirklich eine Fortsetzung der früheren Ehe gewesen, so hätte die Dotalklage der Deportirten gegen ihren Gatten im Momente der Auflösung dieser zweiten Ehe entstehen müssen. Und es lässt allerdings der Jurist das Klagerecht erst von diesem Tage an bestehen, allein nur um die Frau zu begünstigen, damit die Klage nicht verjährt sei, aus Menschlichkeits-, nicht aus Rechtsgründen. Denn er sagt: „quasi humanitatis intuitu hodie nata actio“. Welches war denn der andere Tag, an dem die Klage eigentlich hätte entstehen sollen? Es kann dies kein anderer gewesen sein, als der der Verurtheilung. Damit ist aber erwiesen, dass auch Marcellus wusste, dass die Ehe eigentlich durch Deportation gelöst wurde³⁾.

Jedenfalls ist es aber leicht erklärlich, dass zwei Ehen derselben Personen mit einander, besonders wenn sich die zweite Ehe zeitlich unmittelbar an die erste anschloss, und wenn man annahm, dass der Konsens durch konkludente Handlungen hinreichend erwiesen sei, bald als eine Ehe angesehen wurden⁴⁾. Dazu kam noch, dass das strenge Recht,

¹⁾ D. 24, 1, 13, 1. — ²⁾ D. 48, 20, 5, 1. — ³⁾ Vergleichsweise hätte man von einer Novation der Ehe sprechen können. — ⁴⁾ Man kann sich vorstellen, dass sich die zurückgebliebenen Gatten gerne noch überflüssiger Weise durch eine ausdrückliche Erklärung, dass sie die Ehe als aufgelöst betrachteten, gesichert hatten; dass diese Erklärung

das die Ehefrau von ihrem Gatten trennte im Momente, da das Unglück über ihn hereinbrach, den Anschauungen der Menschlichkeit nicht zu entsprechen schien. Und praktisch, wie die römischen Juristen waren, liessen sie allmählich die Scheidung der beiden Ehen fallen, vielleicht auch darum, weil sie jene zweierlei Wirkungen der *cap. deminutio* nicht mehr vollständig auseinander hielten. So betrachtet Severus Alexander in einer Konstitution die Ehe *ipso iure* als weiterbestehend „*si non mutet uxoris affectionem*“ und glaubt schon, dass die Dotalklage der Frau des Deportirten nur aus Billigkeitsgründen gegeben werde¹⁾. Auch Constantin sagt: „*nec matrimonium huiusmodi casibus dissolvitur*“ und lässt dem deportirten Manne das Recht, Schenkungen, die er seiner Frau gemacht hat und die bei seinem Tode wirksam werden würden, bei Lebzeiten zu revozieren²⁾.

Es bleibe dahingestellt, ob diese Lehre vom Fortbestehen der Ehe durch das christliche Dogma noch gestärkt wurde. Sicher ist, dass sie auch zu Justinian's Zeit allein geltendes Recht war³⁾. Dies mag erstens die Erklärung dafür sein, dass sich in der justinianischen Gesetzsammlung nur so wenige Stellen finden, in denen die Auflösung der Ehe durch Deportation direkt ausgesprochen wird; zweitens aber macht diese Thatsache es möglich, die Stelle D. 24, 1, 13, 1, wie es auch schon längst geschehen ist, als interpolirt zu betrachten⁴⁾. Wenn es sonst meist misslich ist, eine Interpolation anzunehmen — hier spricht die ganze ungeschickte Ausdrucks-

so regelmässig erfolgte, dass man schliesslich, wenn sie nicht erfolgte, annahm, die Ehe bestehe weiter.

¹⁾ C. 5, 17, 1 [a. 229]: *matrimonium quidem deportatione vel a. et i. interdictione non solvitur, si casus, in quem maritus incidit, non mutet uxoris affectionem. ideoque dotis actio ipso iure non competit, sed indolatum esse eam, cuius laudandum propositum est, nec ratio aequitatis nec exempla permittunt.* — ²⁾ C. 5, 16, 24 [a. 321]. — ³⁾ Nov. 22, c. 13: *deportationῶν μέντοι, εἰς ἣν μετεχώρησε καὶ ἡ παλαιὰ πυρὸς τε καὶ ὕδατος ἀπαγόρευσις [ἦν aqua et igni interdictiona καλοῦσιν οἱ ἡμέτεροι νόμοι] οὐ διαλύει τὰ συνοικέσια. τοῦτο γὰρ δὴ καὶ τῷ θειοτάτῳ πρόωγν ἔδοξε Κωνσταντίνῳ φιλόανθρωπόν τι πρᾶγμα καὶ ὅψ' ἡμῶν μὲν ἀποδεχθῆν κ. τ. λ.* Ja, in Kap. 8 wird sogar auseinandergesetzt, dass jetzt die Ehe mit in die Bergwerke geschickten Verbrechern weiterbestehen solle, da diese nicht mehr als unfrei anzusehen seien. — ⁴⁾ Vgl. Nic. Antonius a. a. O. 2, 9, S. 114 f. und die Mommsen'sche Digestenausgabe.

weise und die unmögliche Anknüpfung mit „igitur“ so deutlich, dass man nicht im Zweifel sein kann. Der Satz, dass die Ehe durch Deportation nicht gelöst werde, und auch jene constantinische Schenkungstheorie werden so sehr am unrechten Orte vorgebracht, dass man das Bedürfniss der Compileratoren herausfühlt, ihre Theorie irgendwo anzubringen und dem Ulpian unterzuschieben.

Ebenso wie seine Familienrechte, verliert der Deportirte infolge der *capitis deminutio* auch seine Vermögensrechte. Die *societas* wird durch die Deportation eines Gesellschafters gelöst, ebenso wie wenn er gestorben wäre¹⁾.

Die ganze Quasi-Erbschaft des zur Deportation Verurtheilten übernimmt regelmässig der *fiscus*. Gegen diesen als den *Universalsuccessor* des Deportirten werden die Ansprüche Dritter geltend gemacht²⁾. Wenn aber auch das Prinzip der Konfiskation aufrechterhalten wird, so tritt doch der *fiscus* an die Kinder des Deportirten oft so viel ab, dass ihm selbst nichts von dem Vermögen bleibt³⁾. Ja, es kann auch der *fiscus* zu Gunsten des Patrons eines deportirten *libertus* oder der Kinder des Patrons verkürzt werden⁴⁾. Dazu kommen noch vielfache Einzelbestimmungen zu Gunsten der Deportirten selbst. Jedoch war die Höhe des ihnen gelassenen Gnadengeldes von der Willkür der einzelnen Kaiser, nicht von Prinzipien abhängig, und es ist daher von keinem juristischen Interesse, sie kennen zu lernen.

Diesen Abweichungen entsprechend wurden natürlich auch gegen die so Begünstigten Klagen gegeben. Im allgemeinen galt die Regel: „*dabitur plane actio in eos, ad quos bona pervenerunt eorum*“⁵⁾; und zwar *pro rata parte*; auf jedem lasteten um so mehr Schulden, je mehr Vermögen er bekommen hatte⁶⁾. Nur ob der Deportirte selbst von Anfang an im Verhältnisse zu dem ihm gelassenen Theile haftbar war, mag fraglich erscheinen. Denn wenn unsere Lesart richtig ist, so sagt Julian an einer Stelle⁷⁾, der *fiscus* sei zur vollen Befriedigung der Gläubiger verpflichtet, auch wenn dem Deportirten ein Gnadengeld gelassen sei. Es wäre jedenfalls

¹⁾ D. 17, 2, 63, 10. — ²⁾ D. 4, 5, 2 pr. 15, 2, 1, 4. 22, 1, 6, 1. 34, 1, 2, 1. 48, 20, 4 u. l. 10 pr. — ³⁾ D. 48, 20, 7, 3. — ⁴⁾ D. 48, 20, 8. —

⁵⁾ D. 4, 5, 2 pr. — ⁶⁾ C. 9, 12, 2: . . . *successio oneribus portionis suae respondet*. C. 8, 40, 1. — ⁷⁾ D. 24, 3, 31 pr.

nicht unlogisch gedacht; denn was zugestanden wurde, wurde aus Gnade zugestanden; der Deportirte konnte sich nicht selbst succediren, und der fiscus blieb Universalsuccessor, auch wenn er an ihn aus Gnade etwas abgab. Später freilich war es unbestrittene Regel, dass der Deportirte, der nicht nudus exulat, für seinen Theil haftbar ist. Doch wird er nicht mit actiones directae belangt, sondern mit utiles¹⁾. Und diese Thatsache beweist unwiderleglich, dass er persönlich sein Vermögen infolge der capitis deminutio verlor, nicht infolge der Konfiskation und auch nicht etwa, weil er nach der Deportation die Fähigkeit, sein Vermögen zu besitzen, nicht gehabt hätte. Freilich ist es sonderbar, dass die Testamente der cap. deminuti als ungiltig erklärt werden, und diese Bestimmung wird wohl auf irgend ein Gesetz, das die allgemeine Regel abänderte, vielleicht auf dieselbe lex Cornelia, die uns bei Gelegenheit der Testamente der ab hostibus capti genannt wird, zurückzuführen sein²⁾. Die Konfiskation bestand also eigentlich darin, dass den Intestaterben ihre Erbschaft weggenommen wurde³⁾.

II.

Welche Rechtsfähigkeit hatten die Deportirten, da sie ihre ganze frühere Person abgelegt hatten? Ihr römisches Bürgerrecht hörte mit dem durch den Kaiser gesprochenen Urtheile auf: diese Negation wird in unseren Quellen wohl am häufigsten betont. Wer nicht römischer Bürger war,

¹⁾ D. 48, 22, 14, 3: qui amissa civitate bona habet, a creditore utilibus actionibus convenitur. Vgl. meine Dissertation de exilio S. 22 f. —

²⁾ Vgl. Gaius 2, 145—147. Paulus 3, 4a, 8. Ulp. 23, 4—6. D. 28, 1, 8; t. 3, 6, 5—12. 41, 3, 15. 49, 15, 22. — ³⁾ Es wird uns an einer Stelle [D. 48, 20, 6] von einer pannicularia gesprochen. Holtzendorff [a. a. O. S. 83 f.] erklärt diese so: „Endlich wurde dem zur Deportationsstrafe Verurtheilten selbst eine Art Almosen gestattet, um sein Leben augenblicklich fristen zu können.“ Es scheint mir dies aber ein Missverständniß zu sein. Denn in jener Stelle, einem Reskripte Hadrian's, ist nur von zum Tode Verurtheilten die Rede, und es ist unter dem „panniculariae causa“ nichts anderes gemeint, als was diese in ihrer Haft an Kleidung u. s. w. bei sich hatten und was dann den praesides zu nützlicher Verwendung anheimfiel, nicht ein „Gnadengeld“ für den Aufenthalt auf jener bekannten „wüsten Insel“. Natürlich wurde den Deportirten etwas am Körper gelassen, aber diese Stelle, dieser technische Ausdruck bezieht sich auf etwas anderes.

musste entweder unfrei oder peregrinus sein. Dass die Deportirten als frei angesehen wurden, ist allgemein anerkannt. Später mag sich das geändert haben¹⁾: die einzige Stelle, die zu beweisen schien, dass ein klassischer Jurist die Deportirten als unfrei ansah, ist, wie ich glaube, verdorben²⁾. Der Deportirte war also peregrinus, und so wird er auch mehrere Male von den Juristen genannt³⁾. Ausserdem war er aber „ἄπολις“ „hoc est sine civitate“⁴⁾. Das heisst: er war Fremder, gehörte aber ebenso wenig, wie der Latinus Iunianus, einer bestimmten Gemeinde als Bürger an. Er hatte also auch nicht das Recht einer bestimmten Gemeinde. Daher blieb für ihn nur das Recht übrig, was allen Freien gemeinsam war, das *ius gentium*. Daher wird von ihm gesagt: „*iure civili caret, gentium vero utitur*“⁵⁾.

Eine Ulpian-Stelle kommt uns zu Hilfe, wenn wir diese Art von peregrini in eine der bekannten Kategorien einreihen wollen. Der Jurist spricht da von dem, der *dediticiorum numero* ist, und sagt von ihm, dass er kein Testament machen könne, „*quoniam nec quasi civis Romanus testari potest, cum sit peregrinus, nec quasi peregrinus, quoniam nullius certae civitatis civis est, ut secundum leges civitatis suae testetur*“⁶⁾. Sogar zugegeben, dass Ulpian an dieser Stelle nur von den Freigelassenen, die *dediticiorum numero* ihrer Rechtsstellung nach sind, spricht, so muss man doch die beiden Rechtsstellungen, von denen die eine definirt wird als die eines peregrinus sine civitate [ἄπολις] und die andere als die eines peregrinus nullius certae civitatis civis, einander gleichsetzen und den Schluss ziehen, dass auch die Deportirten *dediticiorum numero* sind. Diesen, wie es scheint, unzweifelhaft richtigen Schluss hat Mommsen gezogen⁷⁾.

¹⁾ Vgl. z. B. Boethius ad Cic. Top. 4, 18. — ²⁾ Callistr. in D. 50, 13, 5, 3. Ich schlug in meiner Dissertation, S. 62, vor, für „*id est*“: „*item*“ zu lesen. Zoannetus hat, wie ich aus Nic. Ant. a. a. O. S. 131 ersehe, „*idem est*“ vorgeschlagen. — Gar nichts beweist die andere Stelle, die nach Holtzendorff's Ansicht Freiheitsverlust ausspricht, D. 38, 10, 4, 11: *is cui a. et i. interdictum est aut aliquo modo capite deminutus est ita, ut libertatem et civitatem amitteret* . . ., es sind hier vielmehr zwei verschiedene Fälle durch aut verbunden. — ³⁾ Gaius 1, 128. 90. Ulp. 10, 3. D. 2, 4, 10, 6. Vgl. C. 6, 24, 1. — ⁴⁾ D. 32, 1, 2 und 48, 19, 17, 1. — ⁵⁾ Z. B. D. 48, 22, 15 pr. — ⁶⁾ Ulp. 20, 14 f. — ⁷⁾ Monatsber. der Berl. Akad. 1879, S. 501 ff.

Wenn Huschke die sonderbare Einwendung machte: „die Logik lehrt aber, dass die Uebereinstimmung einer Spezies mit einer anderen in einer gewissen generischen Eigenschaft jene nicht zu derselben Spezies macht“¹⁾, so beweist diese nichts gegen die Identifikation. Huschke hätte erst Eigenschaften nachweisen müssen, in denen sich die Deportirten von denen, die *deditiorum numero* waren, rechtlich unterscheiden. Die Rechtsstellung einer Person wird aber durch ihre Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer *civitas* vollständig bedingt und bestimmt, so dass, wenn in diesem Punkte eine Person mit der anderen übereinstimmt, sie in Bezug auf alle Rechte die gleiche Fähigkeit besitzen muss, wie jene andere Person.

Man vergleiche überdies die wirklichen *dediticii*, z. B. die Campaner, von denen es bei Livius ausdrücklich heisst: „*liberos esse iusserunt ita, ut nemo eorum civis Romanus aut Latini nominis esset*“; ausserdem durften sie kein Gemeinwesen bilden²⁾. Hätte da Livius nicht, wenn er die juristische Seite ins Auge gefasst hätte, sagen müssen: *iure civili carent, gentium vero utuntur?* —

Mommsen hat zuerst den Inhalt des einen Berliner Fragmentes aus el Fayum auf die Deportirten bezogen³⁾. Da er allseitigen Widerspruch gefunden hat, ist es nöthig, nochmals zu untersuchen, ob der unbekannte Jurist unter den „*deditiorum numero*“, von denen er spricht, die Deportirten gemeint haben kann, und ob, wenn man dies annimmt, die Erklärung des Fragmentes erleichtert wird⁴⁾.

¹⁾ Huschke, Die jüngst aufgefundenen Bruchstücke römischer Juristen, Leipzig 1880, S. 17. — ²⁾ Liv. 26, 34. Vgl. die Zusammenstellung bei Karlowa, R. R.G. I¹, S. 283 u. 293. — ³⁾ Die umstrittene Stelle lautet: — *um esset. sed cum lege de bonis rebusque eorum hominum ita ius dicere iudicium reddere praetor iubeatur, ut ea fiant, quae futura forent, si deditiorum numero facti non essent, videamus, ne verius sit, quod quidam senserunt, et de universis bonis et de singulis* —. — ⁴⁾ Litteratur: Mommsen a. a. O. — Huschke a. a. O. — P. Krüger, Zeitschrift der Savigny-Stiftung, Rom. Abth., I, S. 98 ff. 1880. — M. Cohn, ib., II, S. 90 ff. 1881. — Brinz, Die Freigelassenen der *lex Aelia-Sentia* und das Berl. Fr. von den *Dediticiern*, in „zwei Abh. aus dem R. R.“, Freiburg und Tübingen 1884. — Karlowa, R. R.G., I², S. 766 ff., Leipzig 1885. — A. Schneider, Zeitschr. d. Sav.-St., R. A., VI, S. 198 ff., und E. Hölder, ib., S. 217 ff., 1885.

Dass die Deportirten *deditiorum numero* waren, ist gezeigt worden. Dass man bisher keine Quellenstelle kannte, die jene so bezeichnete, ist zwar richtig, beweist aber, wenn die Bezeichnung richtig ist, gar nichts. Dafür, dass ihn der Leser nicht missverstehe und denke, es sei von den Freigelassenen die Rede, kann der Jurist ja in der vorhergehenden, leider verlorenen Auseinandersetzung Sorge getragen haben.

Dass er dies nicht gethan habe, lässt sich aus den erhaltenen Worten durchaus nicht beweisen, weder aus dem „[q]uiritium“, noch aus dem „latinos“, noch aus dem „anos“, das man zu „Iunianos“ ergänzen kann. Denn in diesen Zusammenhang gehörten sicherlich auch die Deportirten, wenn, wie es der Inhalt des Fragmentes und der Titel „*de iudiciis*“ — mag man nun sonst über diesen denken, was man will — sehr wahrscheinlich machen, hier von allen Prozessen zwischen römischen Bürgern und Nichtbürgern die Rede war. Indess können wir nicht einmal behaupten, dass wir einen Grund haben, anzunehmen, dass andere Juristen die Deportirten nicht als *deditiorum numero* bezeichnet haben. Denn dass Justinian, der die latinische und dediticische Freiheit aufhob, den veralteten Ausdruck „*dediticius*“ gerne vermied, ist doch natürlich. Die Bezeichnung als *peregrinus*, die übrigens auch öfter ausserhalb der justinianischen Sammlung als in ihr vorkommt, beweist, wie mir scheint, mehr, als jenes *argumentum a silentio*.

Wenn man also [mit Krüger¹⁾ und Karlowa²⁾] diesen Einwand gegen die Mommsen'sche Auffassung als nichts beweisend ansieht, so bleibt noch ein anderer, von M. Cohn vorgebrachter zu erwägen übrig. Cohn geht nämlich von der, wie ich glaube, richtigen Anschauung aus, dass die Exilirten erst etwa seit der Zeit des Tiberius *nullius certae civitatis cives* waren; aber er schliesst daraus: „Wenn nun unser Fragment seine Sätze einer *lex* zuschreibt, so kommt man mit der zeitlichen Determinirung dieser *lex* arg ins Gedränge, da ja doch die Gesetzgebung durch *leges* nicht lange nach Tiber

¹⁾ A. a. O. S. 98 f. — ²⁾ A. a. O. S. 767. Karlowa hält jedoch die d. n. unseres Fragmentes für irgendwelche nicht Freigelassene, aber auch nicht Deportirte, denen später Restitution ertheilt wurde. Doch weiss er selbst nicht anzugeben, was das für Personen gewesen sein könnten.

aufgehört hat¹⁾. Indess, wer sagt uns, dass unser Jurist die Worte des Gesetzes in seinen Text aufgenommen hat? Vielleicht war der Wortlaut: „si exules facti non essent“ oder „si statum non mutassent“ oder dgl.; der Jurist aber, der die geminderte Rechtsfähigkeit betonen wollte, setzte dafür das zu seiner Zeit gleichbedeutende: „si dediticiorum numero facti non essent“. Eine solche Vertauschung der Ausdrücke ist durchaus nicht auffallend. Wird doch z. B. von Marcianus die Deportation in die republikanische Zeit zurückversetzt; denn er schreibt, die Strafe der *lex Cornelia de sicariis* sei Deportation gewesen²⁾.

Es hat ferner Mommsen bemerkt, dass die ganze Fiktion des Bedingungssatzes keinen Sinn habe, wenn nicht die „*dediticiorum numero facti*“ früher besseren Rechtes waren. Wenn man aber an die so genannten Freigelassenen dächte, so würde der Bedingungssatz so viel sagen wie: „wenn sie nicht frei geworden und daher noch Sklaven wären“; dann aber, sollte man meinen, wüsste man nicht, wie über ihr Vermögen Recht gesprochen werden sollte, da sie ja als Sklaven kein Vermögen besaßen. Allerdings ist bei dieser Folgerung eines angenommen, nämlich dass unter „*bona eorum*“ das Vermögen gemeint ist, was sie vor ihrer Versetzung in den neuen Zustand besaßen. Dass die Worte dies bedeuten können, wird man wohl nicht ernstlich bezweifeln; ob sie dies bedeuten müssen, kann zweifelhaft erscheinen. Allein bedenkt man, dass unter der entgegengesetzten Voraussetzung, da zwischen „*si non essent*“ und „*si facti non essent*“ offenbar ein Unterschied besteht, der Sinn der Stelle der folgende wäre: „über das Vermögen soll von irgend einem Zeitpunkte an so Recht gesprochen werden, als wäre sein Besitzer überhaupt nie *dediticiorum numero* geworden, d. h. stets Sklave geblieben“ — so müsste man an eine völlige Rescission des Zwischenzustandes denken, der von dem Momente der Freilassung bis zu dem Momente herrschte, da der Praetor Recht sprechen soll. Man kann also, wie mir scheint, nicht an die Fiktion denken, dass der Freigelassene, der als d. n. lebt, als Sklave stirbt. Denn es ist etwas anderes, zu fingiren, dass der Freigelassene im Momente des Todes Sklave ist, als das zu fingiren, was

¹⁾ A. a. O. — ²⁾ D. 48, 8, 3, 5.

nach der besprochenen Auslegung die Fiktion unseres Fragmentes wäre, nämlich dass der Freigelassene nie frei geworden und daher nie frei gewesen sei. — Da also diese Voraussetzung zu unmöglichen Resultaten führt, muss man annehmen, dass von dem Vermögen, das einer, der d. n. geworden ist, vor seiner Degradation besass, die Rede ist.

Um den Sinn des Bedingungssatzes völlig klar zu stellen, ist es noch nöthig, darauf aufmerksam zu machen, dass er eine rein negative Annahme enthält, und dass es daher, wie Karlowa mit Recht bemerkt, ganz unzulässig ist, ihn so auszulegen, als lautete er positiv: *si cives Romani sive si Latini Iuniani facti essent*¹⁾.

Da also von Personen die Rede ist, die vor einer Degradation besseren Rechtes waren, und da der negative Bedingungssatz nur heissen kann: „wenn sie in der früheren, besseren Lage geblieben wären“ — so müssen mit den d. n. *facti* unseres Fragmentes die Deportirten gemeint sein.

Doch unter welchen Bedingungen ist bei Deportirten eine derartige Fiktion möglich? Es läge nahe, an Deportirte zu denken, denen *clementia principis* ihre Güter belassen worden waren. Denn: „*qui amissa civitate bona habet, a creditore utilibus actionibus convenitur*“²⁾. Jedoch wäre in diesem Falle die am Schlusse des Fragmentes angeregte Streitfrage kaum zu erklären. Auch würde das „lege“ wenig zu dieser Auslegung stimmen.

Gehen wir vielmehr davon aus, dass offenbar eine *cap. dem.* wegfingirt wird, und suchen wir ähnliche Fälle. Der Praetor sagte: „*qui quaeve, posteaquam quid cum his actum contractumve sit, capite deminuti deminutae esse dicentur, in eos easve perinde, quasi id factum non sit, iudicium dabo*“³⁾. Indess handelt dies nur von denen, die c. d. minima erlitten hatten, und bezieht sich nicht auf bona und res, sondern auf Obligationen. Gaius lehrt uns aber, dass es unter denselben Bedingungen zur bonorum venditio kommen konnte: „*in eum eamve utilis actio datur rescissa capitis deminu-*

¹⁾ Dies richtet sich gegen Huschke a. a. O. S. 18. Cohn a. a. O. S. 105. Krüger a. a. O. S. 99. Brinz a. a. O. S. 24 ff. — ²⁾ D. 48, 22, 14, 3. S. oben. D. 4, 5, 7, 3 bezieht sich nur auf den, der nudus exulat. — ³⁾ D. 4, 5, 2, 1. Vgl. Gaius 4, 38.

tione, et si adversus hanc actionem non defendantur, quae bona eorum futura fuissent, si se alieno iuri non subiecissent, universa vendere creditoribus praetor permittit“¹⁾. Die Vertheidigung hat aber derjenige zu übernehmen oder abzulehnen, in dessen Gewalt der cap. deminutus steht, und der der nunmehrige Besitzer des Vermögens ist²⁾. Diese Bestimmungen galten aber nicht nur für die c. d. minima; analog heisst es für die maxima: „nulli restitutioni adversus servum locus est . . sed utilis actio adversus dominum danda est, ut Iulianus scribit, et nisi in solidum defendatur, permittendum mihi est in bona, quae habuit, mitti“. Und dann fährt der Jurist fort: „item cum civitas amissa est, nulla restitutionis aequitas est adversus eum, qui amissis bonis et civitate relicta nudus exulat“³⁾. Offenbar galten also auch bei der c. d. media analoge Bestimmungen. Dem Arroganten, dem Herren entspricht der fiscus. An ihn wurden regelmässig die Gläubiger gewiesen. Aber auch hier konnte der Fall eintreten, dass es der Fiscalverwaltung nicht vortheilhaft erschien, für die Rechte des Schuldners aufzutreten. Von diesem Falle handelt Gaius in einer Digestenstelle; da heisst es von dem Deportirten: „bona quoque, quae tunc habuit, cum damnaretur, publicabuntur, aut, si non videantur lucrosa, creditoribus concedentur“⁴⁾. Von diesem Falle scheint mir in unserem Fragmente die Rede zu sein⁵⁾.

Wenn man dies zugiebt, kann man vielleicht auch bestimmen, welche Frage der Jurist am Schlusse unseres Fragmentes aufzuwerfen begann. Wenn nämlich gesetzlich nichts anderes in Beziehung auf den insolventen Deportirten bestimmt war, als was in unserem Fragmente im cum-Satze angeführt wird, so konnte allerdings ein Punkt in dem Verfahren strittig sein, nämlich ob der fiscus auch im Falle der Insolvenz die Güter zu übernehmen habe oder ob sie ohne dies Zwischenstadium direkt unter die Verwaltung der Gläubiger zu kommen hatten. Und dass gerade die Beantwortung dieser Frage strittig war, ersehen wir aus dem folgenden Berichte des Cal-

¹⁾ Gaius 3, 84. — ²⁾ Gaius 4, 80. J. 3, 10, 3. — ³⁾ Paulus in D. 4, 5, 7, 2 f. — ⁴⁾ Gaius in D. 28, 1, 8, 1. — ⁵⁾ Dass bei der bon. vend. die Fiktion unseres Fragmentes nothwendig ist, leugnet Cohn, a. a. O. S. 102 f., von seiner Anschauung ausgehend, dass die c. d. keinen Schuldenverlust bewirke.

lustratus: „an bona, quae solvendo non sint, ipso iure ad fiscum pertineant, quaesitum est. Labeo scribit etiam ea, quae solvendo non sint, ipso iure ad fiscum pertinere. sed contra sententiam eius edictum perpetuum scriptum est, quod ita bona veneunt, si ex his fisco adquiri nihil possit“¹⁾. Die Streitfrage war also ganz allgemein nicht nur in Beziehung auf das Vermögen von Deportirten, sondern in Beziehung auf all' diejenigen insolventen Vermögen, auf welche der fiscus aus irgend einer Ursache ein Recht hatte. Natürlich bezog sie sich aber auch auf die ersteren, und daran ändert nichts, dass Calistratus im vorhergehenden Paragraph, in dem er die Fälle der nuntiatio ad fiscum aufzählt, den Fall der Deportation nicht mit anführt. Denn man kann sich vorstellen, dass, wenn einer durch kaiserlichen Spruch zur Deportation verurtheilt war, eine nuntiatio nicht erforderlich wurde. Etwas ganz anderes war es, wenn es hiess: „vel eum decessisse, qui in capitali crimine esset, vel etiam post mortem aliquem reum esse“. In Bezug auf die vermögensrechtlichen Folgen aber standen einander diese Fälle gleich.

Also: die Deportirten waren dediticiorum numero, ihr Vermögen gehörte entweder den Gläubigern oder dem fiscus. Sie selbst lebten als andere Personen weiter und mussten sich, da sie keiner Gemeinde angehörten, mit dem allgemeinen ius gentium begnügen. Sie hatten also keine politischen Rechte, waren aber zu allen denjenigen Privatrechten fähig, die weder die Form der römischen, noch die einer anderen Gemeinde erforderten. Sie konnten nicht manzipiren, aber tradiren; nicht quiritarisches, aber bonitarisches Eigenthum haben; sie konnten verpfänden, kaufen und verkaufen, kurz sich an allen Konsensual-, Real-, Verbal-Kontrakten betheiligen²⁾. Ueberhaupt bestand ihr Recht in ihrer Freiheit, d. h. darin, dass sie handlungs- und willensfähig waren; Gesetze konnten sie nicht haben, da sie keine Gemeinde hatten. Da alle Gewaltverhältnisse nach römischer Anschauung auf irgend einem positiven Gemeinderechte beruht haben, so waren die Deportirten weder im Stande, eine manus noch eine patria potestas zu haben. Da sie also keine liberi in potestate hatten, hatten

¹⁾ D. 49, 14, 1, 1. — ²⁾ Hauptstelle: Marcian in D. 48, 22, 15 pr. Vgl. Philo, *εἰς Φλάκκον*, c. 20. D. 17, 1, 22, 5.

sie weder *sui heredes*, noch *Agnaten*. Da sie aber auch kein Testament machen konnten, weil es zu dessen Anerkennung eines Gemeinderechtes bedurft hätte, war ihr Vermögen bei ihrem Tode vakant und der *fiscus* nahm es für sich in Anspruch¹⁾. Sklaven konnten die Deportirten jedenfalls besitzen. Denn diese waren ja Sachen. Ob sie auch *manumittiren*, d. h. mit einer Persönlichkeit beschenken, konnten, mag zweifelhaft sein. Doch scheint es, dass das *Excerpt* aus *Marcian's* l. XIII. instit.: „*manumittere deportatum non posse d. Pius rescipit*“ —²⁾ aus der anderen, ausführlicheren Stelle desselben Buches entstanden ist, in der nur gesagt wird, dass der Verurtheilte die Sklaven, die ihm vor seiner Verurtheilung gehörten, nicht freilassen dürfe³⁾.

Ferner durften die Deportirten auf keine Weise durch römisches Testament erwerben (und man wich nur zu Gunsten des Soldatentestamentes einigermassen von der Regel ab)⁴⁾. Sie gehörten eben keiner Gemeinde an, zwischen der und Rom *testamenti factio* hätte bestehen können.

Kam es zwischen Deportirten oder zwischen Deportirten und römischen Bürgern auf Grund von *ex iure gentium* abgeschlossenen Verträgen zu Rechtsstreitigkeiten⁵⁾, so war sicherlich der *praetor peregrinus* oder dessen Stellvertreter ihr Richter. Warum, da ein solcher Vertrag von ihnen völlig ebenso gut wie von römischen Bürgern abgeschlossen werden konnte, *actiones utiles* hätten erforderlich sein sollen, ist nicht einzusehen. —

¹⁾ D. 48, 20, 7, 5; t. 22, 15 pr. C. 9, 49, 2. — ²⁾ D. 48, 22, 2. — ³⁾ D. 40, 1, 8. — ⁴⁾ Holtzendorff a. a. O. S. 89 sagt mit Recht, dass sie auch nicht durch *Fideikommiss* erwerben konnten. — D. 28, 5, 60, 4. 29, 1, 13, 2. 32, 7, 1. 35, 1, 59, 1; l. 104. 48, 22, 16. — D. 4, 5, 10 bezieht sich wohl auf c. d. minima; vgl. jedoch D. 34, 8, 3. — ⁵⁾ Vgl. D. 17, 1, 22, 5. 48, 20, 5, 1 — (Nachtrag:) Als ich diese Zeilen im August 1887 niederschrieb, war mir das Buch von Hugo Krüger: *Geschichte der capitis deminutio* (I. B., Breslau 1887) noch nicht bekannt, dessen §§ 1—6 viele der hier berührten Fragen behandeln. In manchem kann ich nicht mit ihm übereinstimmen. Aber den Satz, den er auf S. 57 aufstellt, halte auch ich für richtig: „die Verwechslung der Rechtsfähigkeit mit den konkreten Rechten ist, sehr zum Schaden für die Lehre von der *cap. dem.*, gerade in dieser gleichsam zu Hause.“ — Wegen des Begriffes von *caput* ist jetzt Mommsen im III. B. Staatsr. zu vergl. —